



Unabhängige Dorfliste Wulkaprodersdorf

Antrag der GemeinderätInnen Grete Krojer, Sabine Szuppin, Michael Semeliker und Günter Tomassovits vom 23. Oktober 2008

Der Gemeinderat möge beschließen: Die Gemeinde Wulkaprodersdorf fordert die Burgenländische Landesregierung auf, aufgrund des Widerstandes der Gemeinden Wulkaprodersdorf, Klingenbach, Zagersdorf und Siegendorf dafür zu sorgen, dass die Verlängerung der A3 von Wulkaprodersdorf nach Klingenbach/Staatsgrenze aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen wird.

Begründung: Auf Wunsch der burgenländischen Landesregierung wurde die Verlängerung der A3 von Wulkaprodersdorf nach Klingenbach/Staatsgrenze in den Generalverkehrsplan Österreich aufgenommen. Mit der Aufnahme in das Bundesstraßengesetz im April 2002 wurde die Zuständigkeit für Planung und Betrieb dieser Verbindung an die ASFINAG übertragen und die Planungen für einen 4 streifigen Ausbau der Verbindung in enger Kooperation mit der zuständigen Abteilung 8 der Burgenländischen Landesregierung begonnen.

Mittlerweile haben sich viele Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Gemeinden, aber auch der Gemeinderat und die Bürgermeister von Wulkaprodersdorf und Klingenbach gegen den Weiterbau der A3 ausgesprochen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz haben sich die Bürgermeister aller vier betroffenen Gemeinden gegen den Weiterbau der A3 auf der vorliegenden Trasse ausgesprochen.

1. Der Gemeinderat von Wulkaprodersdorf hat sich einstimmig in einer Resolution am 29. Jänner 2004 gegen den Weiterbau der A3 in Wulkaprodersdorf ausgesprochen und in einer Volksbefragung am 26. Juni 2005 haben dies 89,83% der Befragten ebenfalls getan.
2. Die Gemeinde Klingenbach hat am 27. Oktober 2005 eine Stellungnahme an die Burgenländische Landesregierung geschickt in der sie schreibt: „Der Gemeinderat von Klingenbach spricht sich vehement gegen den Weiterbau der A3 auf dem Hotter von Klingenbach aus.“
3. Mehr als 2000 Menschen aus den betroffenen Gemeinden haben sich in einer spontan durchgeführten Unterschriftenaktion im Jahr 2005 ebenfalls dagegen ausgesprochen.

4. Die Vertreter der Gemeinden Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Zagersdorf und Klingenbach haben sich in einer gemeinsamen Presserklärung am 11. Juni 2008 vehement gegen die von der ASFINAG vorgelegte Trasse ausgesprochen.

Die betroffenen Gemeinden sehen im Ausbau der bestehenden B16 zwischen Wulkaprodersdorf und Klingenbach und im Ausbau der Umfahrungsstraßen beider Gemeinden zu einer Autobahn eine Gefährdung ihrer Lebensqualität. Die Umfahrungen Klingenbach und Wulkaprodersdorf wurden vor Jahren gebaut, um die Lebensqualität in diesen Gemeinden zu verbessern. Die damit auch tatsächlich erreichte Verbesserung der Lebensqualität würde durch den Bau der Autobahn zu Nichte gemacht. Die Erhaltung der Lebensqualität und des Erholungsraumes sowie der Wohn- und Freizeitwert sind aus Sicht der Gemeinden vor wirtschaftliche Interessen zu stellen.

Landesrat Bieler hat in der Landtagssitzung am 28. Feber 2008 wörtlich gesagt: „Das Vorprojekt ist in der Endphase. Daher wird es in nächster Zeit, nach Aussagen der ASFINAG, Gespräche mit den Gemeinden geben, weil es nur in Übereinstimmung mit den Gemeinden, die tatsächliche Entscheidung gibt und diese getroffen wird. Das Land ist auf der Seite der Gemeinden, und wird nur dann zustimmen, wenn die Gemeinden dieser Trassenführung, diesem Vorprojekt, zustimmen.“ Weiters hat er in derselben Sitzung folgendes gesagt: „Aber wir werden nicht zustimmen, wenn die Gemeinden nicht zustimmen. Daher wird es auch keinen Weiterbau und Ausbau der A3 in diese Richtung geben, wenn die Gemeinden nicht zustimmen.“

Diese Gespräche zwischen der ASFINAG und den VertreterInnen der betroffenen Gemeinden und der Bürgerinitiative BIG A3 haben nun stattgefunden. Die Bürgermeister aller vier betroffenen Gemeinden haben sich klar und deutlich gegen die vorliegende Trassenführung ausgesprochen. Die betroffene Bevölkerung erwartet nun, dass von einer weiteren Planung auf der vorliegenden Trasse abgesehen wird. Da die Verlängerung der A3 aber im Bundesstraßengesetz festgelegt ist, muss diese aus dem Gesetz herausgenommen werden, damit das Projekt auch tatsächlich gestoppt wird. Nachdem das Autobahnprojekt der Wunsch der Burgenländischen Landesregierung und nicht der Bundesregierung ist, ist eine rasche Erledigung realistisch.